

Haushaltsrede des Bürgermeisters zur Einbringung des Haushaltes 2014 in der Ratssitzung am 18.09.2013

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Dr. Reichling!

Die Haushaltssitzung des Rates der Stadt Dorsten in etwas ungewohnter Möblierung im Jüdischen Museum Westfalen, das ist schon eine Besonderheit.

Wir wissen dass es dafür einen besonderen Grund gibt.

Mit rassistischen und antidemokratischen Parolen hatte sich im Mai diesen Jahres eine Gruppe auf Facebook gemeldet und in übelster Weise rassistische Parolen gegen unser Jüdisches Museum verbreitet.

Ich hatte diese Seiten durch Zufall entdeckt und war über ein Mitglied dieses Rates darauf aufmerksam gemacht worden.

Kaum zu glauben, was da zu lesen war.

Ich habe das damals öffentlich als absoluten Sumpf bezeichnet und unverzüglich Strafanzeige erstattet.

Mit Schreiben vom 02.07.2013 teilte mir dann die Staatsanwaltschaft mit, dass der Täter nicht ermittelt werden konnte und die Ermittlungen damit beendet seien.

Damit war die Angelegenheit für die Staatsanwaltschaft erledigt.

Ich habe darauf hin den Staatsanwalt gebeten, mir eine nähere Erläuterung zur Einstellung des Verfahrens zu geben.

Mit einer kurzen Mitteilung teilt er mir am 26.08.13 mit, dass ein hinreichender Tatverdacht nicht festgestellt werden konnte und die Namen der Verfasser Fantasienamen seien.

Soviel zur Ermittlung der Staatsanwaltschaft zur Anzeige wegen Volksverhetzung.

Ich will dies nicht weiter kommentieren.

Umso mehr bin ich dankbar, dass wir damals demonstrativ beschlossen haben, ganz bewusst heute hier im Jüdischen Museum zu sein, um eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Sitzung des Jahres stattfinden lassen.

Es geht um den Haushalt der Stadt für das Jahr 2014.

Um den Haushaltssanierungsplan und um die Perspektive 2021.

Lassen Sie mich zunächst - auch ganz bewusst vor dem Hintergrund des eben erwähnten- ein Dankeschön sagen, an alle, die sich in diesem Jüdischen Museum Westfalen seit Jahren ehrenamtlich mit großartigem Engagement um die Aufarbeitung unserer Geschichte, um jüdische Lebenswege, um Gedächtnis – und Lernorte kümmern.

Herzlichen Dank dafür.

83 irreführende Menschen haben damals auf der Internetseite angeklickt, dass ihnen diese dumpfen Parolen gefallen.

Bei dieser Gelegenheit ist mir klar geworden, wie im schnellen Internet, wie im Facebook als vermeintlich soziales Medium, von sich selbst anonymisierenden No Name Usern mit schnellen, unreflektierten und verletzenden Formulierungen Urteile zu Sachverhalten und über Mitmenschen gefällt werden.

Gut dass sich sehr schnell eine weitaus größere Zahl öffentlich und namentlich gewehrt haben und eindeutige Gegenposition bezogen haben.

Deutlich gemacht haben durch Kommentare und Hinweise, dass sie sich dieser rassistischen Art und Weise widersetzen und dass die sich für unser Jüdisches Museum in Dorsten einsetzen.

Auch dafür sollte man an diesem Tag dankbar sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir reden heute hier über Haushalte, HSP und Finanzen und damit auch indirekt über Zukunft des Jüdischen Museums in Dorsten.

Wir müssen hier und heute darüber reden, dass der Erhalt dieses Museums aktuell und ernsthaft gefährdet ist.

Wir müssen darüber reden, dass es seit Jahren nicht gelungen ist, die Finanzierung dieses Museums sicher zu stellen.

Alle waren hier.

Ministerinnen und Minister, Staatssekretäre, Bundestagspräsidenten, Ministerpräsidenten.

Alle waren beeindruckt, erschüttert, ergriffen und sprachen lobensvoll von der Arbeit in diesem Haus.

Zur einer abgesicherten Finanzierungsgrundlage ist es nicht gekommen.

Keine Verbindlichkeit. Keine belastbaren Zusagen.

David oder Goliath, so überschreibt die FAZ am 28.03.2013 die Situation um das Jüdische Museum Dorsten im Vergleich zu der Initiative, in Köln ein weiteres Jüdisches Museum Rheinland aufzubauen.

Einige Zahlen, die ich aus diesem Artikel entnommen habe:

Das Gebäude in Köln wird 51,8 Millionen Euro kosten und wird von der Stadt finanziert.

Das Land beteiligt sich mit 14,3 Millionen Euro an diesem neu zu errichtendem Museum.

Der Landschaftsverband Rheinland wird mit 5 Millionen Euro jährlich die Finanzierung sicherstellen für Betrieb und Personal.

In Dorsten sieht das anders aus.

Keine verbindliche Zusage, weder vom Bund, noch Land.

Der Kreis wird sich wie geplant aus der Finanzierung einer Stelle zurückziehen, damit fehlt nicht nur eine wichtige Personalstelle, sondern auch 50.000,-- € per anno.

Zusätzlich fehlen mindestens 100.000,-- € jährlich, um den Erhalt zu sichern

Meine Damen und Herren im Jüdischen Museum werden,
in absehbarer Zeit die Lichter ausgehen,
wenn es nicht kurzfristig zu einer verbindlichen Finanzierungszusage.

Meine Damen und Herren,
ich will mich nicht in die Abgründe der Kölner Diskussion begeben
welche hochkontrovers geführt wird und erst recht keine Schelte
gegenüber der Landesregierung in Düsseldorf führen.

Ich weiß, dass sich viele in Düsseldorf bemühen die Finanzierung auf
sichere Beine zu stellen und das tun sie schon seit Jahren.

Dennoch will ich zitieren, was die FAZ in ihrem Bericht abschließend
aussagt:

Zitat:

Für die bestehende Einrichtung, die unter bescheidenen Bedingungen
hervorragende Arbeit leistet, hat die Landesregierung
keine 100.000,-- € übrig,
um den Bestand und mittelfristig die Planung zu sichern.

Für den nicht mal ausgereiften Entwurf, der bisher mit Ambitionen
und Absichten von sich Rede machte,
stellt sie Millionen bereit.

Sieht so Rot-Grüne-Kulturpolitik aus? – Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

In den nächsten Monaten muss die Landesregierung Farbe bekennen oder die Verantwortung übernehmen für das Ende.

Das Ende dieses Lern- und Gedächtnisortes wäre nicht nur eine Katastrophe für unsere Stadt, sondern auch für unser Land.

Ein weiteres Ärgernis – ich finde es gehört heute und hier in die Haushaltsrede, ist die Entscheidung des Landes zur Realisierung des Projektes Newpark.

Es geht um eine Landesbürgschaft von 17 Millionen Euro,

es geht um Industriearbeitsplätze,

es geht um Zukunft der Arbeit,

es geht um Zukunft für unsere Region.

Es gibt eine Ministerentscheidung, wie man hört zwischen dem Wirtschafts- und dem Finanzminister:

Die Bürgschaft kann, weil sie unsicher ist, nicht dargestellt werden.

Damit ist der New Park für den Wirtschaftsminister vom Tisch.

Der Wirtschaftsminister bezieht sich auf ein Gutachten,

welches er offenbar als geheime Verschlussache in seinem

Schreibtisch aufbewahrt.

Niemand der Betroffenen hatte bisher die Chance sich damit
auseinander zu setzen

Es gab lediglich ein Gespräch im Ministerium mit einem
überschaubaren Teilnehmerkreis.

Und eine Pressekonferenz in Recklinghausen.

Ungewöhnlich der Ort und die Art und Weise der Pressekonferenz.

Niemand der verantwortlichen Personen aus der Region war geladen.

Kein Landrat, kein Bürgermeister, nicht die Verantwortlichen der
Projektgesellschaft.

Die Pressekonferenz findet in einer sicherlich sehr schönen Kneipe
bei Boente in Recklinghausen statt.

Will man uns besoffen machen?

Das Land macht uns platt!

Das war die Stimmung in der Bürgermeisterkonferenz

und das ist die Stimmung in der Emscher-Lippe-Region.

Eine schwarz – rote Stimmung, die sich nicht zu Wahlkampfzwecken
eignet.

Eine Stimmung, die deutlich macht, was eigentlich passiert ist.

Eine Ministerentscheidung ohne Kabinettsbeschluss.

Eine Ministerentscheidung ohne vorherige Rückbindung in den Landtag, in das Parlament des Landes NRW.

Kein Wort dazu von der Ministerpräsidentin.

Die einzige neu zu entwickelnde Industriefläche im Land NRW, seit vielen Jahren geplant und mit 3 Millionen Euro Vorlaufkosten durch Steuerzahlerinnen und Steuerzahler finanziert, steht vor dem Aus.

Manche sprechen in diesen Tagen von dem Ende der Industriepolitik in unserem Lande.

Kraftwerke werden benötigt, da sind sich alle Fachleute einig.

Werden aber nicht gebaut, weil die Hürden riesengroß sind.

Die Ausweisung von Gewerbe- und besonders von Industrieflächen ist dringend notwendig aber politisch nicht möglich und heutzutage fast unmöglich.

Gern wird darauf verwiesen, dass das Areal in Bochum von dem sich Opel in naher Zukunft zurückziehen wird, Raum genug biete zur Ansiedlung neuer Industriearbeitsplätze.

Die Wahrheit ist eine Andere.

Nach einer Untersuchung von NRW Urban sind maximal 15 Hektar auf dieser Fläche nutzbar.

Wo sind die zukunftsfähigen Industriearbeitsplätze für unsere Kinder und Enkelkinder?

Wir reden viel über Demographie und über Ansatzpunkte das Demographieproblem in den Griff zu bekommen.

Fachleute sagen:

Ein Schlüssel mit dieser Problematik fertig zu werden, ist, mit neuen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen junge Menschen an unsere Städte, an unsere Region zu binden.

Ein Industriepark, der zwischen 7 und 10.000 neue Arbeitsplätze bringen soll, bietet Zukunft für junge Menschen und kann nicht einfach von einem Minister, der für die Wirtschaftspolitik des Landes verantwortlich ist, gestrichen werden, meine Damen und Herren.

Natürlich gibt es Positionen in Waltrop und in Castrop, die sich dieser meiner Meinung nicht anschließen können.

Dennoch erwarte ich die Solidarität auch in diesen Städten, wenn es um die mögliche Frage der wirtschaftlichen Entwicklung geht, wenn es um Arbeitsplätze geht.

Die Emscher-Lippe-Region darf nicht zum Hinterhof des Landes werden.

Meine Damen und Herren,
wir die Bürgermeister und der Landrat haben beschlossen,
dass wir den Newpark nicht fallen lassen wollen.

Wir wollen versuchen, die Bürgerschaft darzustellen.

Als Region mit Partnern aus Banken, aus Unternehmen,
mit der IHK, mit den großen Städten Dortmund, Gelsenkirchen,
Bottrop und vielleicht sogar mit dem Kreis Unna.

Am kommenden Freitag planen wir als Region öffentlich Stellung nehmen zu den Plänen des Landes und erwarten unter anderem, dass der Landtag sich unverzüglich mit diesem Thema beschäftigt und die Landesregierung und die Ministerpräsidentin in dieser Frage Farbe bekennt.

Dass wir in Dorsten, dass wir im Kreis Recklinghausen in dieser Frage nicht allein eine solche Millionenbürgerschaft darstellen können, um den Industriepark zu realisieren, das zeigt schon ein erster flüchtiger Blick auf unseren Haushalt zu dem ich jetzt gerne kommen möchte.

Der Kämmerer wird sehr umfangreich mit Folien und Grafiken den Haushaltsplan 2014 erörtern und auch zur Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012 -2021 Aussagen machen.

Die gute Botschaft ist, um es kurz zu sagen:

Der Vollzug des Haushaltes läuft planmäßig.

Wir müssen uns keine Sorgen über die Jahre 2014 – 2016 machen.

Wir kommen klar. Zunächst ohne weitere Sparpakete, auch zunächst ohne weitere Steuererhöhungen.

Spätestens aber ab dem Jahre 2017 wird es schwierig.

Dann beginnt der Abbau der Konsolidierungshilfe und das bringt Probleme.

Probleme auf der Zeitleiste Richtung 2021, dem Jahr, im dem wir einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen müssen.

Die schlechte Nachricht ist:

Alles hin und her rechnen, alles spekulieren und diskutieren führt nicht dazu, dass wir ihnen heute guten Gewissens einen genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplan für das Jahr 2021 vorlegen können.

Wir wissen aus der Systematik des Stärkungspaktgesetzes, das dann, wenn es uns nicht gelingt für 2021 ein genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplan vorzulegen auch die Einzelhaushalte der Vorjahre nicht genehmigungsfähig sind.

Natürlich hoffen wir alle auf eine neue Bundesregierung, die dann ab Montag ernst macht mit dem Fiskalpakt.

Die ernst macht mit der Entlastung der Kommunen.

Und natürlich ist auch das Land weiter in der Verantwortung.

Aber das alles meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen ist heute noch Vision oder Wunschvorstellung.

Wir wissen, dass Entlastungen aus dem Fiskalpakt sicherlich nicht im nächsten Jahr greifen werden. Wenn überhaupt wird es erst in 2015 zu positiven Wirkungen kommen.

Und auf das Land zu hoffen, scheint mir wenig zielführend.

Wir werden gleich in der Haushaltsrede von Herrn Große-Ruiken eine Tabelle sehen, die nachdenklich machen soll.

Ca. 800.000,-- € die als Konsolidierungsmaßnahmen geplant und beschlossen worden sind, sind nicht umsetzbar oder noch nicht umsetzbar und bergen Sprengstoff für unseren Haushalt.

Das und weitere Belastungen, geplant oder unverhofft wird das HSP nicht vertragen und muss zwingend zu schmerzlichen Konsequenzen führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir haben uns als wir das HSP verabschiedet haben vorgenommen, die beschlossenen Sparmaßnahmen soweit wie möglich konsequent durchzuführen.

Deswegen werde ich heute sehr dafür, auch in den nächsten Monaten keine Vermeidungsstrategie zu fahren, sondern eine Umsetzungsstrategie.

Damit wir nicht schon in den nächsten Monaten schmerzliche neue Maßnahmen ergreifen müssen.

Normalerweise kommt an dieser Stelle auch die übliche Schelte an den Kreis Recklinghausen mit seinem Haushalt.

Wir können Ihnen sagen, dass die Kreisumlage, so wie sie sich jetzt darstellt für das Jahr 2014 und 2015 in Ordnung ist.

Die Steigerung, die uns mit ca. 500.000,-- € treffen wird, ist nahezu ausschließlich durch den LWL zu verantworten.

Der Kreis macht seine Rechenaufgaben.

Wir hoffen, dass am Ende das Ergebnis richtig ist.

Wir alle wissen, dass bei den Sozialausgaben, bei den Jobcentern und vielen anderen Ecken und Kanten des Kreishaushaltes genauso wie im Haushalt der Stadt Dorsten Unabwägbarkeiten sind, die man jetzt seriös nicht einplanen kann.

Ein kritischer Hinweis jedoch sei mir erlaubt. Im kommunalen Finanzierungsanteil für das Jobcenter in Recklinghausen gibt es gegenüber 2012 eine deutliche Steigerung um 9,1 %.

Diese Steigerung können wir uns nicht erklären.

Während der Kreis den örtlichen Jobcentern in den kreisangehörigen Städten vorschreibt, in welchem Umfang und mit welcher Wertigkeit vor Ort Stellen eingerichtet und besetzt werden können, lässt er selbst gegenüber den Städten des Kreises keinerlei Transparenz bezüglich seines Funktionsstellenplanes für den Fachbereich J erkennen.

Um die ungewöhnliche Steigerung nachvollziehen zu können wollen wir wissen, welche Stellen mit welcher Wertigkeit für welche Aufgabenbereiche vorgehalten werden.

Und wir erwarten in dieser Frage Aufklärung und eine deutlich größere Offenheit und Transparenz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir in der Verwaltung wissen, dass sie sich auch mit der kurzen Beratungszeit dieses Haushaltes viel Arbeit aufladen.

Sie muten sich und den Bürgerinnen und Bürgern bei der Durchsetzung des HSP viel zu.

Es erfordert in der Tat Mut, in politisch schwierigen Wahlzeiten, Wahrheiten auszusprechen und Wahrheiten in Handeln umzusetzen.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Anregung:

Ich habe mir eine Liste geben lassen von insgesamt 21 Arbeitskreisen, Beiräte und Kommissionen, die von den Fraktionen personell besetzt werden müssen und in denen wichtige Themen bearbeiten werden.

Das ist für ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker insbesondere in den kleinen Fraktionen eine enorme Belastung.

Vielleicht bietet es sich an, da einmal auch über Konzentration von Arbeit zu reden, auch vor dem Hintergrund, dass diese Arbeit zumindest das, was die Vor- und Nachbereitung angeht, immer von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachämter geleistet werden muss und es häufig Doppel- und Dreifachberatungen gibt.

Neben den Haushaltsberatungen liebe Kolleginnen und Kollegen werden wir uns in den nächsten Wochen sehr intensiv mit dem Thema Zukunft der Schulen in unserer Stadt auseinandersetzen müssen.

Wenn wir uns einig sind, dass wir in Dorsten das beste Bildungssystem für unsere Kinder haben wollen, dann wird es notwendig sein, sehr kurzfristig in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplan über notwendige Weichenstellungen in dieser Stadt zu sprechen.

Wir sind uns einig, dass wir in Dorsten mit dem neu eingesetzten Inklusionsplenum eine gute Möglichkeit haben, die Fragen der Inklusion in unserer Stadt zügig weiter zu entwickeln.

Wir sind uns ebenso einig, dass wir in unserer Stadt einen Förderstandort brauchen, um dem Elternwillen und der besten Förderung unserer Kinder gerecht zu werden.

Wir sind uns einig, dass wir Grundschulstandorte erhalten müssen, aber wir werden darüber reden müssen, in welcher Form und an welchem Standort der beste Unterricht mit der besten individuellen Förderung für unsere Kinder möglich ist.

Ich habe in den letzten Wochen zahlreiche Gespräche mit den Schulleitungen der unterschiedlichen Schulen unserer Stadt geführt. Viele Elterngespräche in den Ferien in Holsterhausen in Deuten und in Wulfen bei einer Tasse Kaffee oder einer Fahrradtour.

Dabei ging es natürlich um die Frage, was ist möglich, was ist nicht möglich, was ist politisch durchsetzbar ist und was nicht. Und was ist das Beste für unsere Kinder

Meine Erfahrung ist:

Eltern haben keine Angst vor Veränderungen.

Eltern wollen das Beste für ihr Kind.

Eltern brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

Ich glaube es kann gelingen, dass wir in konstruktiver Zusammenarbeit zwischen der Schulverwaltung und Ihnen als den Verantwortlichen in unserer Politik mit Eltern und Schulleitungen Lösungsansätze finden können.

Dazu ist Eile geboten, weil wir uns vorgenommen haben noch in diesem Jahr Perspektiven für unsere Schulentwicklung in Dorsten aufzuzeigen.

Das gilt in besondere Weise auch der Einrichtung einer „neuen Schule in Dorsten“.

Wir alle sind uns einig, dass wir eine neue Schule, nennen wir sie mal Sekundarschule brauchen, die sich bestens aufgestellt, mit besonderem pädagogischen Engagement und in spezieller individueller Förderung um Schülerinnen und Schüler kümmert, die eine Haupt- bzw. Realschulqualifikation haben.

Das muss auch im Interesse aller weiterführenden Schulen sein, die sich sicher gern einbinden lassen in gute pädagogische Konzepte. Auch da glaube ich, dass sich nach meinen Sommergesprächen Perspektiven auftun, die wir im Arbeitskreis Schulentwicklung gut besprechen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
bei aller Belastung, die wir bei der Umsetzung gemeinsam tragen,
bei aller Kritik, gerechtfertigt oder ungerecht
können wir auch zufrieden sein, wenn wir in die letzten Monate
zurückschauen.

Bei aller enormen Belastung des Personals in unserer Stadt gelingt
immer noch sehr viel.

Unser neuer Beigeordneter hat die Arbeit mit viel Engagement
aufgenommen. Ein großes Amt mit ebenso großen
Herausforderungen, in dem insbesondere die Kosten der Jugendhilfe
ein bedrückendes Problem sind, das wir angehen werden.

Wir haben das Atlantisbad neu organisiert, mit einer neuen Führung
und neuen guten Ideen, so dass ich davon überzeugt bin, dass wir in
Dorsten kein neues Freibad brauchen. Wir haben unser Atlantis, ein
gutes Bad mit einer attraktiven Freifläche draußen.

Weitere Freibad Diskussionen darüber sollten sich erübrigen.

In der Sitzung des Betriebsausschusses haben wir von der guten
Arbeit und den guten Betriebsergebnissen unseres
Entsorgungsbetriebes gehört.

Mit 600.000,-- € trägt der Entsorgungsbetrieb einen Beitrag zur Haushaltssicherung der Stadt Dorsten.

Auf der Zechenfläche zeigen sich wunderbare Entwicklungen, gute neue Impulse, Weiterentwicklungsperspektiven auch im Sinne von neuer Arbeit in Hervest Dorsten.

Bei den Mercarden steht der Abriss bevor. Nach langer Diskussion, die sicherlich nicht ganz einfach war, ist das Ziel klar. Wir wollen im Herbst 2015 die Mercaden eröffnen als neues Magnet in Dorsten was eine gute und fruchtbare Belebung in unsere Innenstadt bringen soll.

Am 09. Oktober wollen wir gemeinsam mit dem Investor in einer öffentlichen Bürgerinformation über die Planungen und Abwicklung der Abriss- und Baumaßnahmen berichten.

Die Netzgesellschaft wird pünktlich wie besprochen starten. Auch da bin ich dankbar, dass wir dies mit großer Mehrheit in diesem Rat organisieren konnten.

Diese Gesellschaft kann eine gute Grundlage für die Arbeit in weiteren energiepolitischen Themenbereichen werden.

Windor ist dabei sich neu zu positionieren.

Heizanlagen, Kontraktmodelle, Partnerschaften mit

Energieversorgern, Verteilung von Energie

und vielleicht auch Produktion von Energie, das sind die Stichworte

mit denen Windor mit dem neuen zweiten Geschäftsführer

Günter Aleff in eine gute Zukunft gehen kann.

Tausende haben sich in den letzten Wochen anstiften lassen, unsere

Stadt neu zu entdecken.

Ein Projekt was sicher auch nachhaltige Wirkungen zeigen wird uns

was mit unbezahlbarem ehrenamtlichen Einsatz sicher einzigartig

gewesen ist für unsere ganze Region.

Sicherlich könnte man an dieser Stelle noch vieles aufführen,

was gelungen ist und was nicht gelungen ist.

Ich denke, wenn wir gemeinsam mit Rat und Verwaltung die

Herausforderungen der nächsten Wochen und Monate konstruktiv

angehen,

wenn es uns gelingt den Haushalt 2014 mit der Perspektive 2021

mit breiter Mehrheit zu beschließen,

dann können wir uns guten Gewissens im Mai nächsten Jahres den

Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zu Wahl stellen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.